

Aus dem Text für das Buch:

Thörmer, H. & Einemann, E. (2007) *Aufstieg und Krise der Generation Schröder. Einblicke aus vier Jahrzehnten*. Marburg: Schüren. (S. 12-25)

## I. Der Anfang bei den Jungsozialisten 1968-1978

### 1. Das neue Selbstverständnis der Juso-Arbeitsgemeinschaft seit 1968

Seit Mitte der 1960er Jahre gab es eine sich als *links* und *sozialistisch* verstehende Strömung bei den Jungsozialisten; seit 1969 bildete diese Strömung die Mehrheit auf den Kongressen der Bundes- und Regionalorganisationen.

Der Verlauf des Münchener Bundeskongresses 1969 wurde von den Medien als Sensation gewertet. Der Juso-Bundesvorsitzende Peter Corterier wurde abgewählt, seinen Rechenschaftsbericht wollte man gar nicht erst hören; dem SPD-Bundesgeschäftsführer Hans-Jürgen Wischnewski wurde nicht das Wort erteilt.

Von nun an begriff eine deutliche Mehrheit der aktiven Jungsozialisten die Juso-AG nicht nur als Jugendverband der SPD, sondern gleichzeitig als innerparteiliche - sozialistische - Richtungsorganisation. Damit war der Verband mit seinen gesellschaftsverändernden Zielvorstellungen für viele Jugendliche attraktiv geworden. Zehntausende wurden über längere oder kürzere Zeit bei den Jungsozialisten aktiv. Traten in der Mitte der 1960er Jahre noch ca. 35.000 neue Mitglieder unter 35 Jahren - also im Juso-Alter - pro Jahr der SPD bei, so steigerten sich die Eintrittszahlen dieser Altersgruppe auf bis zu 100.000 im Jahre 1972 (sie pendelten sich Anfang der 1980er Jahre auf 10.-15.000 ein).

Die Jahre bis 1974/75 wurden so die Blütezeit der Jungsozialisten. Zahlreiche neue lokale Arbeitsgemeinschaften (AGs) konnten gegründet werden; der Zustrom neuer Mitglieder schien nicht zu versiegen. Die Jungsozialisten waren ein beliebter Buhmann der bürgerlichen Medien, ihre Erklärungen wurden zitiert, ihre Repräsentanten waren gefragte Interviewpartner, ihre Stellungnahmen auf SPD-Parteitagungen wurden beachtet. Kurzum: ihr eigener Anspruch - vom stellvertretenden Bundesvorsitzenden Thomas von der Vring in München 1969 formuliert: *Wir sind die SPD der 80er Jahre!* wurde ernst genommen.

Die Ende 1971 mit dem *Strategiekongress* in Hannover einsetzenden Flügelkämpfe innerhalb der Juso-Organisation blieben für die meisten Beobachter undurchschaubar, sie galten als „*Selbstbefriedigung*“.

Auf ihrem Münchener Bundeskongress 1969 definierten die Jungsozialisten ihr Selbstverständnis als das einer innerparteilichen Opposition in der SPD, und sie bestimmten es näher durch eine eigene Interpretation der politischen Zielsetzungen („*Strategie antikapitalistischer Strukturreformen*“). Darüber hinaus entwickelten die Jungsozialisten eine eigenständige Konzeption zur politischen Durchsetzung ihrer neuen Programmatik (*Doppelstrategie* zur Verknüpfung institutionellen Einflusses mit außerparlamentarischer *Basis-Mobilisierung*).

Beide Zentralaussagen der Juso-Arbeitsgemeinschaft nach 1969 bedingten zu ihrer - auch nur ansatzweisen - Realisierung einen großen Freiraum innerparteilicher Handlungsmöglichkeiten, denn die Jungsozialisten waren ein integrierter Bestandteil der SPD geblieben; sie lehnten zeitweise aufkommende Tendenzen zu einer organisatorischen Verselbständigung nach dem Vorbild von Junger Union und Jungdemokraten energisch und nahezu einmütig ab.

Allerdings war die programmatische Linkswendung der Jugendorganisation mit einer erheblichen Vermehrung und Verschärfung innerparteilicher Konflikte verbunden. In dem funktionalen und sozialstrukturellen Zusammenhang ihrer Mutterpartei schienen die Jungsozialisten auf das erste Hindernis ihrer „*systemüberwindenden*“ Bemühungen zu stoßen.

Zum politischen Allgemeingut der erneuerten, linken Jugendorganisation gehörte bald die Erkenntnis, dass „*Gesellschaftsveränderung ... mit der Demokratisierung der SPD beginnen muss*“ (Juso-Vorsitzender Wolfgang Roth): die Aktivitäten der Jungsozialisten konzentrierten sich - aus theoretischer Einsicht wie praktischer Notwendigkeit - auf die Veränderung der eigenen Partei; die traditionelle Bezugsgruppe, die Jugend im weitesten Sinne, trat in ihrer faktischen Bedeutung zurück.

In dieser politisch folgerichtigen Ausrichtung auf eine neue Zielgruppe für die Juso-Arbeit, nämlich die SPD, sowie in der neuen und eigenständigen politischen Standortbestimmung ist der Versuch eines Organisationsteils der sozialdemokratischen Volkspartei zu sehen, zunächst für den eigenen Bereich die Volkspartei-Konzeption zu ersetzen durch eine als sozialistisch begriffene Option, um sodann auch die übrigen Teile der Partei in das neue Strategiemodell mit einzubeziehen. Die für den Volkspartei-Charakter der SPD entscheidenden Merkmale sollten verändert werden:

- Die sozialen Bezugsgruppen der SPD sollten nicht mehr auf die Funktion als Wählerpotential beschränkt werden, sondern durch permanente Mobilisierung selbst zum politischen Faktor werden.
- Die Parlaments- und Regierungsmitglieder der SPD sollten an die innerparteiliche Willensbildung gebunden werden.
- Die SPD-Reformpolitik sollte die sozialen Strukturen nicht nur modernisieren, sondern entscheidend in sie eingreifen (Wirtschaftsdemokratie); sie sollte ausschließlich den Interessen der *Arbeiterklasse* dienen und deren politisches Bewusstsein fördern; das *Godesberger Programm* sollte in diesem Sinn interpretiert bzw. modifiziert werden.
- Innerhalb der Parteiorganisation sollten durch ständige Diskussion, Minderheitenschutz, Legitimierung von Gruppenbildung und Öffentlichkeit der Entscheidungsprozesse die Mitglieder in die Lage realer Partizipation gebracht werden.

Unter der Bezeichnung *Doppelstrategie* hatten die Jusos auf dem a. o. Bundeskongress zur Kommunalpolitik (Arbeitskonferenz in Mannheim 1971) ihr Strategiemodell zusammengefasst:

*"Doppelstrategie heißt:*

- 1. Schaffung und Unterstützung eines umfassenden politischen Problembewusstseins bei der Bevölkerung und daraus resultierend ihre Mobilisierung, Politisierung und Organisierung. Zielvorstellung muss sein, dass die Bürger im Wege der Eigeninitiative ihre Interessen und Forderungen den politischen Entscheidungsträgern gegenüber nachdrücklich artikulieren und vertreten.*
- 2. Intensive Mitarbeit auf allen Ebenen der Partei, um auf dem Wege über demokratische Mehrheitsentscheidungen die politischen Voraussetzungen für eine bessere Gesellschaftsordnung zu schaffen.*
- 3. Reform der Partei, damit sie in die Lage versetzt wird, Mobilisierung, Politisierung und Organisierung der Bevölkerung einzuleiten und in wirksamer Weise zur Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung und zur Stärkung demokratischer, antikapitalistischer Machtpositionen beizutragen und in eine Veränderung institutioneller Entscheidungen umzusetzen."*

Dieser Ansatz der Jungsozialisten ist in der Öffentlichkeit - besonders in Publizistik und Medien - außerordentlich stark beachtet und als prinzipielles Problem des Parteiensystems in der Bundesrepublik, besonders der SPD, wahrgenommen worden.

## **2. Grundpositionen der Jungsozialisten 1969-1978**

Die Jugendorganisation der SPD wurde von den *68ern* beeinflusst und hatte das erklärte Ziel, die Gesellschaft über die Veränderung der SPD von innen her zu verändern (Gansel 1971). Gerhard Schröder wurde 1971 Vorsitzender des Juso-Bezirks Hannover und galt auch noch 1978 bei seiner Wahl zum Bundesvorsitzenden als Repräsentant der (innerhalb der Jusos) linken Minderheiten-Strömung der *Antirevisionisten* (Anda & Kleine 1996, S. 30-32).

### **2.1. Ansätze und Ziele der Protestbewegung am Ende der 60er Jahre**

Michael Kraushaar (2001 b) ist in seinem Aufsatz „*Denkmodelle der 68er Bewegung*“ zu dem Ergebnis gekommen, dass zumindest bis zum Jahr 2001 „*weder eine umfassende Geschichte der 68er Bewegung noch eine kohärente Beschreibung der von ihr rezipierten Theorien bzw. der von ihr propagierten Ideen*“ vorlag (S. 14). Er hält die Vorstellung, es habe ein „*theoretisch konsistentes Selbstverständnis der Bewegungsformen und -ziele gegeben*“ (S. 14), für irreführend. Dennoch versucht er, die wesentlichen Denkmodelle vorzustellen. Für den Zusammenhalt unterschiedlicher Strömungen der Protestbewegung macht er die Verzahnung von „*drei Metakritiken*“ (S. 15) verantwortlich: „*Es waren drei grundlegende Kritiken, die den Kanon an neu gewonnenen Überzeugungen bestimmten: der Antifaschismus, der Antikapitalismus und der Antiimperialismus. Die erste Kritik richtete sich gegen die Nichtauseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit, die zweite gegen eine auf Ausbeutung und sozialer Ungerechtigkeit basierende Wirtschaftsordnung und die dritte gegen die Unterjochung der Länder der Dritten Welt durch die der Ersten und Zweiten*“ (S. 15). Im Folgenden sollen zentrale Argumentationslinien der APO und der Jusos zu diesen 3 Themen nachgezeichnet werden.

#### **2.1.1. Autoritarismus-Kritik und Demokratisierungs-Ideen**

Die Proteste am Ende der sechziger Jahre waren zunächst und vor allem Aktivitäten von Studenten (Mager & Spinnarke, 1967) um den Sozialistischen Deutschen

Studentenbund (SDS) (Fichter & Lönnendonker, 1998), aber auch von Schülern (Michelers, 2002).

Vor dem Hintergrund der im November 1966 gebildeten großen Koalition aus CDU und SPD verstärkten sich die Zweifel an der Funktionsfähigkeit der Demokratie, der Staat wurde als Machtinstrument des Kapitals begriffen, und auf Basis einer Parlamentarismuskritik wurden rätendemokratische Vorstellungen entwickelt. *„Die von der Studentenbewegung mit dem Rätmodell favorisierten Leitvorstellungen lauteten zunächst: Alle für das politische Handeln relevanten Entscheidungen in Basisgruppen zu fällen, über Entscheidungsalternativen gemeinsam und öffentlich zu beraten, die Gefahr einer Verselbständigung von Herrschaftsrollen durch dauernde Kontrolle und Ämterrotation auf ein Minimum zu beschränken und ein imperatives Mandat zu gewährleisten“* (Kraushaar, 2001 b, S. 21).

Die Demokratisierung aller Lebensbereiche und die Entwicklung konkreter Reformstrategien wurden zum Kernanliegen der Jungsozialisten, die diese aber nicht nur außerparlamentarisch, sondern über die SPD und über zu gewinnende Wahlen umsetzen wollten (Bundesvorstand der Jungsozialisten, 1978; Gansel, 1971 ).

### *2.1.2. Wirtschaftssystem: Sozialismus statt Kapitalismus*

Zur Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse wurde auf die Kapitalismuskritik von Karl Marx zurückgegriffen, ohne allerdings die Zustände in der damaligen DDR oder in der Sowjetunion als Alternative zu akzeptieren (Dutschke, 1968).

Das von Norbert Gansel herausgegebene Buch mit der Strategiebestimmung der Jungsozialisten als innerparteiliche Opposition innerhalb der SPD trug den bezeichnenden Titel *„Überwindet den Kapitalismus oder Was wollen die Jungsozialisten“* (Gansel, 1971). Noch in der Einleitung erläutert der Herausgeber das Anliegen: *„Dieses Buch wendet sich nicht zuletzt an die kritische, überwiegend antikapitalistisch eingestellte junge Generation, um ihr zu zeigen, dass die SPD nicht nur pragmatisch und technokratisch den Kapitalismus verwaltet, sondern dass die Jungsozialisten und der linke Flügel der Partei den Kapitalismus grundsätzlich in Frage stellen und nach neuen und gangbaren politischen Wegen suchen, auf denen das ungerechte kapitalistische System zu überwinden und ein demokratischer Sozialismus mit menschlichem Gesicht möglich zu machen ist“* (S. 10). Der besondere Stolz der Jusos war die Entdeckung einer Strategie der *systemüberwindenden Reformen* zur Verbindung von praktischer Reformpolitik und

Überwindung des Kapitalismus: „*Der Begriff der systemüberwindenden Reformen in den Beschlüssen der Jungsozialisten auf ihren Kongressen in München und Bremen ist ein erster Ansatz der linken SPD, zu einem selbständigen Faktor auch im Bereich der sozialistischen Theorie zu werden, sich von der theoretischen Vorherrschaft der außerparlamentarischen Neuen Linken zu emanzipieren und eine theoretische Konzeption zu entwickeln, die in einem dialektischen Zusammenhang mit der eigenen politischen Praxis steht*“ (S. 7). Norbert Gansel relativierte zwar die Strategie der systemüberwindenden Reformen als *Formelkompromiss* und *Integrationsvokabel* innerhalb der Jusos, sah daran aber doch den ernststen Willen, „*die Gesellschaft grundlegend zu verändern*“ (S. 91).

### 2.1.3. Ablehnung militärischer Interventionen

Die „*Identifikation mit der Dritten Welt*“ (Kraushaar, 2001 b, S. 23), die Solidarität mit den Armen und Unterdrückten im Allgemeinen und den aktiven, auch bewaffnet kämpfenden Revolutionären im Besonderen, war ein wesentliches Element der Politik der APO.

Die Jungsozialisten haben 1969 die zu diesem Zeitpunkt unter Kanzler Willy Brandt regierende SPD aufgefordert, sich öffentlich gegen den Krieg der Amerikaner in Vietnam auszusprechen und jegliche direkte oder indirekte deutsche Unterstützung zu verweigern; offensive Aktionen gegen Bundeswehr und NATO oder eine direkte Unterstützung des militärisch aktiven Vietcong wurden aber nicht propagiert. So hieß es in dem Beschluss des Bundeskongresses der Jusos vom 5. - 7. Dezember 1969 in München: "*Es wurde wiederum klar, dass das offizielle Ziel, die Verteidigung der ‚Demokratie‘ in Südostasien, lediglich ein Vorwand für einen imperialistischen Krieg ist, der zur Ausrottung von großen Teilen des vietnamesischen Volkes führt. Die Jungsozialisten fordern deshalb den bedingungslosen und unverzüglichen Abzug der amerikanischen und alliierten Truppen, sowie die Anerkennung der Regierungen Nordvietnams und des Vietkong. Der Bundeskongress fordert die Bundesregierung auf, jede materielle Hilfe für das Saigoner Regime einzustellen, soweit sie nicht nachweislich humanitäre Züge trägt. Weiter erwartet der Bundeskongress von der Bundesregierung, dass sie alles unternimmt, damit Angehörigen der US-Armee, die wegen des Krieges der USA in Vietnam die Armee verlassen, in der BRD Asylrecht gewährt wird.*" (Bundesvorstand der Jungsozialisten 1978, S. 16)

## 2.2. Juso-Strömungen 1: Der Strategiekongress 1971

Ausgangspunkt der Juso-Strategiediskussion war der vor allem von Karsten Voigt formulierte Ansatz, der auf *antikapitalistische Strukturreformen* zielt und diese mit einer *Doppelstrategie* von inner- und außerinstitutioneller Arbeit durchsetzen wollte (Voigt 1971, S. 91/92).

Diese strategischen Bestimmungen ließen aber zwei zentrale Fragen offen, die später immer wieder zum Gegenstand von Konflikten innerhalb der Juso-Organisation wurden: die Fragen nach der Rolle und den Grenzen des Staates bei einer antikapitalistischen Politik sowie der Rolle und den Grenzen der SPD in einem Prozess der Gesellschaftsveränderung hin zum Sozialismus. Demgegenüber haben immer alle Juso-Gruppen die große Bedeutung von *Basisarbeit* betont. Die grundsätzlich unterschiedlichen Positionen bei den Jungsozialisten wurden zum ersten Mal bei der Diskussion eines umfassenden strategischen Ansatzes der Organisation auf dem Strategiekongress 1971 deutlich. Schon im Vorfeld des Kongresses gab es umfangreiche Papiere und harte Kontroversen, die sich z. T. in den Kongressbeschlüssen (Thesen mit unterschiedlichen Intentionen) niedergeschlagen haben.

### 2.2.1. Die Reformisten

Die *Reformisten* dominierten anfänglich den Bundesverband mit ihren Ansätzen von *antikapitalistischen Strukturreformen* und *Doppelstrategie*. Sie stellten die Fragen nach der Rolle des Staates und der SPD in einem sozialistischen Veränderungsprozess und wollten noch auf kapitalistischer Basis eine 'sozialistische' Wirtschaftspolitik zu betreiben, deren Machbarkeit jedoch selbst bezweifelt wurde. Der Staat wurde als in strukturelle Systemzwänge eingebundene pro-kapitalistische Instanz gesehen, auf die aber auch die Arbeiterbewegung Einflüsse ausüben kann. In der Partei galt es, auf die Machtübernahme durch den sozialistischen Flügel hinzuarbeiten - Motto: „*Wir sind die SPD der achtziger Jahre*“ (Thomas von der Vring).

### 2.2.2. Die Antirevisionisten

Nicht die Analyse, sondern die strategischen Konsequenzen der *Reformisten* wurden vom Bezirk Hannover unter Führung ihres Vorsitzenden Gerhard Schröder

(*Antirevisionisten*) als illusionär und reformistisch kritisiert. Den *Reformisten* wurde unterstellt, die Mobilisierung von Massen für Reformen letztlich nur zum Zwecke der Stabilisierung des kapitalistischen Systems zu betreiben und damit auch die Rolle der SPD als Träger kapitalistischer Herrschaft zu erhalten.

Die Position der *Antirevisionisten* lässt sich so umreißen:

- Sie stimmten in der Analyse der Rolle des Staates (Instanz zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ordnung, die auch die Interessen der Arbeiterbewegung zumindest teilweise berücksichtigen muss) weitgehend mit den *Reformisten* überein.
- Sie sahen deutliche Grenzen einer staatlichen Politik auf kapitalistischer Grundlage und wollten mit Hilfe von Basismobilisierung zu einer Gesellschaft der Selbstorganisation kommen, die sich erst nach einem Bruch mit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung durchsetzen kann; Ziel der Politik war zunächst nicht die Erringung der Staatsmacht.
- Sie schätzten dabei die Rolle der SPD in einem gesellschaftlichen Veränderungsprozess äußerst kritisch ein und wünschten lieber eine Basismobilisierung außerhalb der SPD, die nicht durch die Begrenztheit der Partei zur Modernisierung des Systems zu missbrauchen ist. Die Orientierung auf die Arbeit innerhalb der SPD mit dem Ziel ihrer sozialistischen Umgestaltung mit der Intensität der *Reformisten* zu betreiben wurde als Weg in die Integration und die Sackgasse abgelehnt.

### 2.2.3. Die Stamokaps

Eine dritte Gruppierung bei den Jungsozialisten aus den Bezirken Hamburg und Berlin (*Stamokaps*) legte eine umfangreiche und in sich relativ geschlossene Analyse und Strategie vor, die in einer völlig anderen Denktradition stand. Die in den beiden Universitätsstädten stark von Studenten geprägten Landesverbände hatten die *linke Marktlücke* mit der unkritischen Übernahme des Ansatzes und des Erkenntnisstandes der hauptsächlich von der SED entwickelten und von der DKP vertretenen Theorie des *staatsmonopolistischen Kapitalismus* (Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, 1971) gefüllt.

Kernpunkt der Wirtschaftsanalyse war die zunehmende Monopolisierung der Wirtschaft mit dem Ergebnis, dass die Monopole (z. T. indirekt) das ganze Volk und auch die Kleinkapitalisten ausbeuten.



Im Rahmen des strategischen Ansatzes der *Stamokaps* kam der SPD eine zentrale Bedeutung zu: Über die Umgestaltung der SPD zu einer konsequent sozialistischen Partei sollte diese für das politische Bündnis von Sozialdemokraten und Kommunisten geöffnet und in der Bevölkerung durch ein *antimonopolistisches Bündnis* aller demokratischen Kräfte ergänzt werden, damit die Staatsmacht übernommen und gegen die Monopole gewendet werden kann.

Da diese Gruppierung die Macht im Staate nicht putschistisch erringen wollte, sondern auf Personenaustausch in unveränderten Apparaten setzte, war sie im Grunde die *rechtteste* Variante der Jungsozialisten, zu mal sie keine überzeugende Antwort auf die Probleme wusste, die mit dem *Entreißen* der Staatsmacht aus den Händen der Monopole verbunden sind - ganz zu schweigen von einer Vorstellung davon, wie die machtmäßige Grundlage (Basismobilisierung) eines solchen *Systembruchs* aussehen sollte.

### **2.3. Juso-Strömungen 2: Der Wandel der Juso-Positionen bis 1978**

Die sich 1971 abzeichnenden theoretischen Differenzen führten zur Herausbildung in sich relativ geschlossener Fraktionen, in die nahezu alle Juso-Bezirke einbezogen waren. Die fraktionelle Verbreiterung der theoretischen Ansätze war begleitet von einem Abbröckeln an der Basis der Juso-Organisation und auch von einem Abbröckeln der bevölkerungsnahen Aktivitäten vor allem im Kommunalbereich, wobei die deklarierte *Umsteuerung* der Aktivitäten in den Betriebs- und Jugendbereich kaum Realität wurde. Die regional unterschiedlich starke Herausbildung einer 'Parteilinken' relativ unabhängig von der Juso-Organisation, ihre Aktivitäten in der Kommunalpolitik und ihre kritische Rolle in der SPD haben mit dazu beigetragen, dass der Einfluss der Jungsozialisten nicht nur in der Bevölkerung, sondern auch in der Partei erheblich zurückging und die Jugendorganisation immer mehr zu einer *intellektuellen Spielwiese* wurde. Ende 1978 boten die unterschiedlichen Fraktionen bei den Jusos das folgende Bild.

#### *2.3.1. Die Reformsozialisten*

Die *Reformisten* bezeichneten sich selbst als Reformsozialisten und waren im *Malenter Kreis* zusammengeschlossen, der für seinen 51 Seiten umfassenden Grundsatzantrag auf dem Bundeskongress von 1978 über 40% der Delegiertenstimmen gewinnen konnte. Sie formulierten eine selbstkritische

Bestandsaufnahme (keine Juso-Identität durch Fraktionierung, weitgehend hierarchische Organisation, geringer Basiseinfluss auf Bundeskongresse, Scheitern des Vorstoßes in den Produktionsbereich, Nachlassen der Verankerung in der SPD, Konflikte mit der Partei an formalen und nicht an inhaltlich ausweisbaren Punkten) und übten harte Kritik der reformistischen SPD-Politik vor allem in Fragen der Wirtschaftspolitik.

Die Positionen der Reformsozialisten, die sich in einigen Punkten mit der der *Antirevisionisten* von 1971 deckten, waren geprägt durch

- das Ziel eines demokratischen Sozialismus, der durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel und eine umfassende Demokratisierung gekennzeichnet ist und weitgehende Selbstbestimmungsprozesse anstrebt;
- die strategische Vorstellung, dass durch die Politisierung der abhängig Beschäftigten Gegenmachtpositionen aufgebaut und Selbstbestimmungstendenzen gestärkt werden, die strukturelle Reformen (Marx: die Politische Ökonomie der Arbeiter) gegen das Kapital durchsetzen können;
- die Einschätzung des Staates als relativ unabhängige Instanz mit der Funktion der Aufrechterhaltung des Kapitalverhältnisses, die zwar auch Interessen der Arbeiterbewegung aufnehmen kann, in einem sozialistischen Transformationsprozess aber selber demokratisiert werden muss;
- die Erkenntnis, dass der Sozialismus keineswegs durch die Aneinanderreihung von Reformen und auf leisen Sohlen zu erreichen ist - wobei unklar blieb, wie der endgültige Bruch mit dem kapitalistischen System ohne den Zusammenbruch der Wirtschaft aussehen kann und welche Rolle der Staat dabei spielt;
- die prinzipielle Entscheidung für die Mitarbeit in der SPD mit dem Ziel, eine starke antikapitalistische Kraft zu entwickeln;
- den Willen zum Bündnis mit der Parteilinken, ohne allerdings die Jungsozialisten voll von ihr vereinnahmen zu lassen;
- die Propagierung des Vorrangs der Basisarbeit in der Bevölkerung vor der Gremienarbeit in der Partei, um fehlende Verankerungen zu erreichen.

### 2.3.2. Der Göttinger Kreis

Die Hannoveraner *Antirevisionisten* hatten sich inzwischen mit Jungsozialisten aus anderen Bezirken zum *Göttinger Kreis* zusammengeschlossen. Sie hielten fest an dem Anspruch einer materialistischen Begründung und Fundierung von

Reformpolitik, hatten eine nur geringe Hoffnung auf die Integration aller Sozialdemokraten in einen eurokommunistisch orientierten *marxistischen* Flügel und gingen aus von der Notwendigkeit einer Reformpolitik, die in Verbindung mit Übergangsforderungen geeignet ist, das kapitalistische System zugunsten der abhängig Beschäftigten zu verändern und es in diesem Prozess auch durch ein Mindestmaß an Vergesellschaftung strukturell zu überwinden. Sie sahen die Notwendigkeit der Verbindung von Basisarbeit und Arbeit in der SPD (Priorität der Basisarbeit) mit dem Ziel, in der SPD im Bündnis mit Gewerkschaftern und der Parteilinken zunächst *fortschrittliche*, später *marxistische* Positionen durchzusetzen.

Im Bundesvorstand der Jungsozialisten gab es eine zunehmende, auch grundsätzliche Kooperation zwischen Repräsentanten des Göttinger und des Malenter Kreises und der (von *Göttingern* und *Stamokaps* ins Amt gewählte) Bundesvorsitzende Gerhard Schröder aus Hannover wurde zunehmend auch von den Reformsozialisten als *ihr Mann* betrachtet.

### 2.3.3. Die Stamokaps

Die *Stamokaps* aus Hamburg und Berlin konnten ihren Einfluss in anderen Bezirken erweitern und hatten sich zum *Hannoveraner Kreis* zusammengeschlossen. Sie haben zwar keineswegs konsequent mit alten Vorstellungen aufgeräumt, sich aber doch zu bemerkenswerten Formulierungen (Bekenntnis zu demokratischen Strukturen eines zukünftigen Sozialismus, klare Distanzierung von der DKP, Wille zu struktureller Reformpolitik mit dem Ziel der Selbstbestimmung) durchgerungen.

Ausgegangen wurde von

- dem Ziel eines demokratischen Sozialismus, der durch weitreichende Freiheitsrechte

  - und eine Tendenz zur Selbstbestimmung gekennzeichnet ist;

- der Notwendigkeit antikapitalistischer Reformen zur Erreichung von Zwischenzielen, die den Übergang zum Sozialismus ermöglichen und auch auf eine Demokratisierung des Staates zielen, der nicht als Instrument übernommen werden

  - kann;

- der SPD als eine konsequent sozialistisch zu orientierende Partei, wobei die Jusos als marxistischer Kern das Bündnis mit der sich radikalierenden Arbeiterschaft in der Partei suchen und so fortschrittliche Mehrheiten herstellen sollen.

Angesichts dieser neuen Positionsbestimmungen ist es verständlich, dass politische Konflikte zwischen den *Stamokaps* und anderen Jungsozialisten sich in der Regel auf analytische Formulierungen, auf die Bedeutung der Monopole für die Politik, auf die Bewertung der so genannten sozialistischen Länder und ihrer Repräsentanten sowie z. T. auf das Verhältnis zur DKP bezogen haben.

#### **2.4. Kernpunkte der Juso-Positionsbestimmung 1978**

Politisch waren 1978 alle Gruppen der Jungsozialisten daran interessiert, eine linkssozialistische Identität herauszubilden: die *Reformsozialisten* definierten sich als unabhängiger sozialistischer Teil der Parteilinken, die *Antirevisionisten* hatten sich mehrheitlich vom *Sozialistischen Büro* (Sammelbecken unabhängiger linker Intellektueller in Offenbach) abgesetzt und bei den *Stamokaps* ist ein klarer Trennungsstrich zur DKP gezogen worden. Damit verbunden hatten die Reformsozialisten reformistische Hoffnungen auf die Überwindung des Kapitalismus ohne deutlichen Bruch ausschließlich durch eine linke staatliche Politik auf der Basis kapitalistischer Strukturen eindeutig aufgegeben und ein Mindestmaß an Vergesellschaftung für den Übergang zum Sozialismus eingesehen; die ehemaligen Antirevisionisten hatten erklärt, sie seien keine Antirevisionisten mehr und würden statt der Betonung der Grenzen staatlicher Politik und der Unveränderbarkeit der SPD auf eine materialistische Reformpolitik und die fortschrittliche Veränderung der SPD orientieren; die *Stamokaps* hatten ihre politischen Ziele und strategischen Ansätze dahingehend geklärt, dass sie an einem grundlegend demokratischen Sozialismus mit Selbstbestimmungsstrukturen interessiert sind und dieses Ziel mit Hilfe einer antikapitalistischen Reformpolitik über Zwischenziele erreichen wollen, wobei die sozialistische Veränderung der SPD eine Schlüsselrolle spielt.

Trotz aller Fraktionsstreitigkeiten waren die Jungsozialisten unter ihrem Vorsitzenden Gerhard Schröder 1978 eine insgesamt linkssozialistisch orientierte politische Kraft mit Einflüssen in der SPD.

Ansatzpunkte für die praktische Politik der Jungsozialisten lagen z. B. in der

- Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit als Teil einer Arbeitslosigkeit, die kurzfristig eine alternative Wirtschaftspolitik und langfristig die Überwindung des Kapitalismus erfordert;
- Unterstützung der gewerkschaftlichen Kämpfe z.B. für die Humanisierung der Arbeit, gegen die Folgen der Rationalisierung, für mehr Mitbestimmung und das Verbot der Aussperrung;
- Forderung nach einer Verbesserung und Verbreiterung der beruflichen Bildung u. a. durch die Einrichtung überbetrieblicher Ausbildungszentren mit Hilfe der Erhebung der Berufsbildungsabgabe;
- Bekämpfung des Abbaus demokratischer Rechte, insbesondere der Berufsverbotepraxis;
- Abwehr der reaktionären Formierung des Bildungsbereichs (Festhalten an der Gesamtschule, Forderung der Novellierung des Hochschulrahmengesetzes, in das an die Stelle des Ordnungsrechtes das politische Mandat der Studentenschaft gehört);
- Verhinderung der Zerstörung der Umwelt (Stopp des Baus und Stilllegung aller laufenden Atomkraftwerke, Beseitigung von Umweltschäden auf Kosten der Verursacher - wobei die Kosten so anzusetzen sind, dass die Beseitigung der Schadensquellen billiger wird);
- Durchsetzung einer optimalen kommunalen Versorgung der Bevölkerung besonders in *benachteiligten* Gebieten, vor allem der Errichtung von Jugendzentren.

### **3. Der Juso-Bundeskongress 1978**

*„Hamburger Bündnis“ bei den Jusos baute Mehrheit aus*

Der neue Bundesvorsitzende der Jungsozialisten in der SPD hieß 1978 Gerhard Schröder aus Hannover. Beim Juso-Bundeskongress in Hofheim erhielt Schröder im 2. Wahlgang 164 von 298 abgegebenen Stimmen. Sein Gegenkandidat Ottmar Schreiner brachte es auf 126 Stimmen. Acht Delegierte enthielten sich.

Als Schwerpunkt seiner künftigen Arbeit nannte Schröder den *„Kampf für die sozialen Rechte der jungen Generation und den Kampf für die Erhaltung der aktuell gefährdeten politischen Demokratie“*. Im Verhältnis zur Mutterpartei sei eine *„Entkrampfung“* dringend geboten. Er zog es aber vor, nicht zuviel zu versprechen: wenn er den Verband einigermaßen konsolidieren und die Zwänge der Partei –

insbesondere die Öffentlichkeitsrichtlinien – etwas lockern könne, dann sei wohl schon mehr erreicht, als man realistischerweise heute erhoffen könne.

Die Juso-Gruppierungen, die sich in Hamburg 1977 erstmals durchsetzen konnten, bauten ihre Position weiter aus. Bundesgeschäftsführer Egon Bahr analysierte richtig, dass „aus der hauchdünnen Hamburger Mehrheit eine klare Mehrheit“ geworden ist.

Der Hofheimer Bundeskongress stand unter einem besonderen Druck der Partei. In drei Punkten, so hatte Egon Bahr signalisiert, gebe es für die Partei keine Kompromisse: Benneter dürfe nicht reden, das Russell-Tribunal nicht unterstützt werden, ein Antrag mit positiver Einschätzung des Eurokommunismus nicht beschlossen werden. Andernfalls sei es möglich, ja wahrscheinlich, dass die Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten vom Parteivorstand aufgelöst werde.

Diese Drohung schwebte ständig wie das berühmte Schwert des Damokles über dem Kongress. Von daher standen die verschiedenen Juso-Gruppierungen mindestens in diesen Punkten unter einem starken Zwang zur Einigung, und dass es auch möglich war, hier, wenn auch mit Kniffen und Tricks, zu einheitlichen Stellungnahmen zu kommen, ließ für die Schrödersche Amtszeit hoffen. Schließlich sprach Benneter nicht, wurde das Russell-Tribunal nicht unterstützt, sondern nur – einstimmig – für legitim und notwendig erklärt, und das Thema Eurokommunismus wurde auf eine Fachtagung verschoben. Genosse Bahr war's zufrieden: „Hofheim ist noch kein neuer Anfang, aber es bietet die Möglichkeit dazu.“

Als Anleitung für die Juso-Praxis wurde nach langen Debatten ein über 30 Seiten langes Aktionsprogramm verabschiedet. (Überhaupt, die Papierflut: die Unterlagen einschließlich der auf dem Kongress verteilten Materialien wogen über 3 kg.) Leider war das Programm nach dem Muster gestrickt worden: wer vieles bringt, wird jedem etwas bringen. An Geschlossenheit mangelte es also, dafür konnten sich - irgendwo und irgendwie – alle Juso-Strömungen *drin* wieder finden. Der Kongress beschloss ferner ein umfassendes Papier zur innerparteilichen Demokratie.

Zwei Beschlüsse erregten besonders viel Aufmerksamkeit:

- Die Ablehnung der geplanten *Anti-Terror-Gesetze* und die daraus folgende Solidarität mit den Genossen Coppik und Hansen (beide sprachen beifallumbraust auf dem Kongress) und den anderen sozialdemokratischen

Mitgliedern des Bundestages, die mit ihren Nein-Stimmen zu diesen Gesetzen gegen den Abbau demokratischer Rechte kämpften.

- Die bei nur 7 Enthaltungen bekundete Solidarität mit dem ausgeschlossenen Vorsitzenden Klaus-Uwe Benneter. Die Urteils-Gründe, so die Resolution, rechtfertigen in keiner Weise seinen Ausschluss, die Position Benneters werde von vielen Jusos geteilt. Der Bundesvorstand solle sich deshalb dafür einsetzen, dass Benneter „*baldmöglichst*“ wieder in die SPD aufgenommen werde.

Der stellvertretende Parteivorsitzende Hans Koschnick leitete sein Referat mit der Bemerkung ein, die Jusos seien „*als positiver Faktor für die SPD ausgefallen - als negativer ebenfalls.*“ Das liege daran, dass diese Arbeitsgemeinschaft „*sich aufreibt in theoretischen Disputen und Machtkämpfen, sich abschottet von der Außenwelt, nur noch von der Provokation lebt und nicht mehr imstande ist, ihre ureigensten Aufgaben sachlich zu bewältigen.*“ Im Übrigen hätten die Jusos „*viel zu viel darüber gesprochen, was die jungen Arbeitnehmer zu denken haben, statt einmal festzustellen, wie junge Arbeitnehmer denken.*“

Im letzten Punkt konnte Koschnick rasch eines besseren belehrt werden. Ein Betriebsratsvorsitzender, Juso-Delegierter aus Hessen, las ihm und der Partei gehörig die Leviten: die Aussetzung der Lehrlingsabgaben, die Verunsicherung der Rentner, die Senkung der Vermögenssteuer, das schlechte Betriebsverfassungsgesetz, die hysterische Abgrenzung von Kommunisten, kurz: die Politik der SPD-geführten Bundesregierung sei hauptverantwortlich für die traurige Lage von Jusos (und Sozialdemokraten überhaupt), die in den Betrieben SPD-Politik zu vertreten sich bemühen.

Andere Redner wiesen auf die innerparteiliche Repression mittels Parteiordnungsverfahren, Einvernehmungsrichtlinien und Mittelkürzungen hin. Eine Änderung der Haltung des Parteivorstandes konnte Genosse Koschnick allerdings nicht zusagen.

Auch daran wurde deutlich: Gerhard Schröder hatte ein schweres Amt angetreten. Immerhin hatte er seinem Vorgänger wenigstens einen Startvorteil voraus. Als Mitglied des Bezirks- und Unterbezirksvorstandes Hannover ist er in der Partei verankert.